

GMÜNDER TAGESPOST

LORCHER ANZEIGER
HEUBACHER NACHRICHTEN
ZEITUNG FÜR
DEN OSTALBKREIS

Samstag, 12. Februar 2022
63. Jahrgang / Nummer 35
Einzelpreis 2,40 €
www.gmuender-tagespost.de



In unserem **Marktplatz Ostalb** finden Sie heute Infos über Immobilie, Karriere, Auto und Leben.

Heute im Lokalen

Neue Bäderdiskussion

Stadträte bevorzugen Sanierung des Hallenbades, wollen aber vor einer Entscheidung mehr Informationen.
Schwäbisch Gmünd Seite 9

Durchgefallen

Begleitet vom Fahrlehrer zeigt sich, welche Fehler sich 35 Jahre nach der Fahrprüfung eingeschlichen haben.
Schwäbisch Gmünd Seite 10

Was den Narren ausmacht

Der Rudo erklärt typische Attribute der schwäbisch-alemannischen Fasnet und erklärt ihren Ursprung.
Schwäbisch Gmünd Seite 11

Fällungen gerechtfertigt?

Am Heubacher Bärenhaldeweg sind Bäume gefällt worden, das Forstamt klärt über die Maßnahme auf.
Rosenstein Seite 19

Weit gereist

Über ihr arbeits- und erlebnisreiches Leben hat eine 100-jährige Untergründerin zwei Bücher geschrieben.
Schwäbischer Wald Seite 20

Aus tiefen Gräben

Seit 50 Jahren gehören Wißgoldingen und Waldstetten zusammen, der Weg dahin gestaltete sich holprig.
Unterm Stuißen Seite 22

„Es wird ein enges Spiel“

Der Ostalb-Footballer Moritz Böhringer, der selbst in Amerika spielte, blickt auf den Super Bowl.
Sport Seite 31

www.tagespost.de

@ Homepage: Ständig neue Nachrichten aus dem Gmünder Raum auf www.tagespost.de

@ Facebook: Lokale Nachrichten blitzschnell – folgen Sie der GT auf www.facebook.com/tagespost

Wetter in Gmünd

Quelle: DWD



So erreichen Sie uns:
Aboservice: (0 71 71) 60 01 - 7 41
vertrieb@tagespost.de
Anzeigen: (0 71 71) 60 01 - 7 77
anzeigenverkauf@sdz-medien.de

Redaktion:
gt-redaktion@tagespost.de

www.gmuender-tagespost.de



Heute geht es los

Der großen Ostalbcheck startet endlich. Einfach QR-Code auf Seite 9 scannen, mitmachen und mitreden. Was die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sagen, lesen Sie auf **Seite 26**

Kanzler Scholz kündigt erste Öffnungsschritte an

Pandemie Streit in der Ampel-Koalition: Während die FDP auf ein schnelles Ende der Maßnahmen setzt, wollen SPD und Grüne einen vorsichtigen Kurs. *Von Stefan Kegel*

In der Ampel-Koalition bahnt sich ein Streit über das Ende von Corona-Beschränkungen an. Nachdem FDP-Fraktionschef Christian Dürr eine Verlängerung über das bisher geltende Ablaufdatum 19. März hinaus ausgeschlossen hatte, mahnten Grüne und SPD zur Vorsicht.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) versprach in seiner Rede vor dem Bundesrat am Freitag lediglich, „beim Bund-Länder-Treffen in der nächsten Woche einen ersten Öffnungsschritt und dann weitere für das Früh-

jahr in den Blick zu nehmen“. Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann forderte eine Verlängerung grundlegender Corona-Maßnahmen über den 19. März hinaus. An diesem Tag läuft die bisherige Befristung aus, die vom Bundestag um drei Monate verlängert werden kann. Lockerungen im öffentlichen Leben müssten „durch grundlegende Schutzmaßnahmen, wie das Tragen von Masken, weiter unterstützt werden“, sagte Haßelmann dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Eine vorsichtige stufenweise Öffnung

sei zwar denkbar. „Aber mit Blick auf die steigenden Infektionszahlen kann ich mir derzeit nicht vorstellen, dass wir kurzfristig auf alle Maßnahmen verzichten können.“

Am Freitag wurden bundesweit 240 172 neue Corona-Fälle sowie 226 Tote gemeldet, die 7-Tage-Inzidenz lag bei 1472,2.

Währenddessen wurden die Befürworter einer Impfpflicht für Beschäftigte in Kliniken und Pflegeheimen vom Bundesverfassungsgericht gestärkt. Es lehnte am Freitag Eilanträge gegen die geplante Maßnahme ab.

„Die einrichtungsbezogene Impfpflicht kann damit wie geplant bundesweit Mitte März starten“, erklärte Haßelmann.

Kanzler Scholz sprach sich erneut für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht aus. Im kommenden Herbst und Winter könnten die Corona-Zahlen erneut steigen. Daher „macht auch die allgemeine Impfpflicht Sinn“. Im Bundestag liegen inzwischen mehrere Anträge für und gegen eine solche Impfpflicht vor.

Kommentar und Themen des Tages Seite 2

Kommentar
Michael Gabel
zur Lage in der
Pandemie



Zeit für mehr Mut

Die Inzidenz stagniert, die Zahl der Klinik-Einweisungen bleibt auf niedrigem Niveau – war's das jetzt mit Corona? Noch ist es zu früh, um die Pandemie für beendet zu erklären. So können zum Beispiel neue Mutationen auftauchen, die alles wieder auf Anfang setzen. Aber die aktuelle Entwicklung rechtfertigt nicht mehr harte Beschränkungen wie etwa die in manchen Ländern noch geltende 2G-Regel im Handel. Deshalb sollte Kanzler Olaf Scholz mit Blick auf die Bund-Länder-Runde nächste Woche nicht nur von möglichen Öffnungsschritten sprechen, sondern vor allem aufs Tempo drücken.

Es zeigt sich erneut, dass sich der Staat schwer tut, beschlossene Maßnahmen zur Krisenbekämpfung auch wieder aufzuheben. Typisch für die Haltung ist der Verweis von Karl Lauterbach auf möglicherweise zu erwartende höhere Todeszahlen. Mit 400 bis 500 Toten am Tag sei bei zu frühen Lockerungen zu rechnen, warnte der Minister, ohne freilich einen Beleg für seine Behauptung zu nennen. Aber Freiheitsbeschränkungen auf Eventualitäten aufzubauen, lässt unser Grundgesetz nicht zu. Die Zeit ist reif für mutige Schritte Richtung Normalität.

Lemke kritisiert Autobahn-Blockaden

Proteste Grünen-Umweltministerin nennt gefährliche Aktionen „falsch“.

Berlin. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hat sich von den Protesten Berliner Umweltaktivisten distanziert. „Um es klar zu sagen: Ich halte diese Autobahn-Blockaden für falsch“, sagte die Grünen-Politikerin im Interview mit unserer Zeitung. Lemke war zuvor unter anderem vom Koalitionspartner FDP heftig kritisiert worden, weil sie Formen des zivilen Ungehorsams als „legitim“ bezeichnet hatte. Sie habe aber immer betont, dass dabei keine Menschen zu Schaden kommen dürften. „Dieser Teil meiner Antwort wurde dann aber leider oft weggelassen.“ Lemke widersprach zudem der Darstellung, dass ihre Aussagen zu einem Koalitionskrach geführt hätten. „Es gibt in dieser Frage keinen Dis-

senz in der Bundesregierung.“ Den Konflikt zwischen Energiewende und Artenschutz hält die Umweltministerin für überzeichnet. „Diesen Konflikt immer nur dann heraufzubeschwören, wenn es um Windkraft geht, ist falsch“, sagte Lemke. Die intensive Landwirtschaft und der Einsatz von Düngern und Pestiziden seien weitaus größere Bedrohungen für die biologische Vielfalt. Auch einer Renaissance

der Atomkraft, wie zuletzt in Frankreichs verkündet, erteilte Lemke eine Absage. „Die Meinung, dass neuartige, Small Modular Reactors“ hübsch sauber und ungefährlich seien, man sie sich quasi in den Keller stellen kann, ist absurd“, sagte sie. Atomkraft bleibe eine Hochrisikotechnologie, die nicht beherrschbar sei. *Igor Steinle*

Interview

Haydn, Beatles und Helene Fischer

Manche Nationalhymnen können ihre Herkunft aus der Militärmusik nicht verbergen. Mit viel Tschingderassabumm werden da hohe Berge, schöne Täler und siegreiche Kämpfe besungen – Geschmackssache. Aus dem Rahmen fällt da das Lied der Deutschen. Vor 225 Jahren, am 12. Februar 1797, wurde die Komposition, die von keinem Geringeren als Joseph Haydn (Bild) stammt, erstmals öffentlich gespielt. Allerdings: Gedacht war alles ganz anders.

Denn Haydn schrieb das Stück eigentlich als eine Art

Ständchen für seinen österreichischen Landesherrn, den Habsburger Kaiser Franz II. „Gott erhalte Franz den Kaiser“, sang das Publikum bei den Aufführungen dazu. Später dichtete Hoffmann von Fallersleben den auf Deutschland gemünzten Text dazu, und Konrad Adenauer setzte die Komposition 1952 – mit der dritten Strophe – als Nationalhymne durch.

Was zeigt: Gute Musik ist vielseitig verwendbar. Das wirft die Frage auf, warum sich die

Länder bei der Wahl ihrer Nationalhymnen nicht öfter bei dem bedienen, was bereits bekannt und beliebt ist. Warum nimmt niemand zum Beispiel einen Beatles-Song? „Yellow Submarine“ würde sich anbieten – etwa mit dem Text: „Wir alle leb'n in der wunderschönen Schweiz.“ Möglich wäre auch eine Hymne in Anlehnung an einen Hit von Helene Fischer, zum Beispiel „Atemlos durch Peru.“ Würde doch gut passen, gern auch mit Tschingderassabumm. *Michael Gabel*



Ukraine-Konflikt Biden mahnt US-Bürger

Washington. Angesichts des Konflikts mit Russland hat US-Präsident Joe Biden amerikanische Staatsbürger in der Ukraine mit Nachdruck zum Verlassen des Landes aufgefordert. Falls es zu einer russischen Invasion kommen sollte, wäre ein Evakuierungs-Einsatz mit Hilfe von US-Truppen undenkbar, sagte Biden. „Das ist ein Weltkrieg, wenn Amerikaner und Russen beginnen, aufeinander zu schießen.“ *dpa*

Mordfall Lübcke Ermittlungen laufen weiter

Wiesbaden. Die Bundesanwaltschaft sucht im Mordfall Walter Lübcke weiter nach möglichen Mittätern. Das im Juli 2019 aufgenommene Verfahren laufe weiterhin. Es gebe Anhaltspunkte für mindestens einen Mittäter. Auch die Spur der Tatwaffe, die aus der brasilianischen Armee stamme und zu Mitwissern führen könne, verliere sich nach wie vor in der Schweiz. Lübcke, Regierungspräsident von Kassel, war im Juni 2019 erschossen worden. *dpa*